Protokoll Nr. 6/2013 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 13. Mai 2013 um 14:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder CDU-Fraktion:

Beigeordnete Ursula Glaser
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Bürgermeister Fritz Langen
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter

Mitglieder SPD-Fraktion:

Bürgermeister Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Peter Debring
Beigeordneter Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Howard Jacques
Beigeordneter Michael Veh

Mitglieder Gruppe Grüne/WBV:

Beigeordneter Stefan Becker
Stellv. Ausschussvorsitzender Werner Biehl
Ausschussvorsitzende Katja Breuer

Mitglieder BASU-Fraktion:

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum (*fehlte entschuldigt*)
Stellv. Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion:

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied FDP:

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Graul

Von der Verwaltung:

Fachbereichsleiter Arnold Preuß (13)
Insa Rogel (13)
Bernd Broszeit (14)
Amtsleiterin Heike Hansemann (14)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)
Amtsleiter Marušić, Nikša (63)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.02.2013 sowie vom 11.03.2013	
4	Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:	
4.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA	**109/2013**
5	Vorlagen an den Rat:	
5.1	Jahresabschluss 2010 (Kernverwaltung)	**71/2013**
5.2	Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2014 für kostenrechnende Einrichtungen	**106/2013**
5.3	gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf Durchführung externer Stellenausschreibungen vakanter Führungspositionen in städtischen Beteiligungen	**513/2013**
5.4	Antrag von Ratsherrn Dr. von Teichman (FDP) auf Fortführung des Freistrahlverfahrens für mindestens 5 Jahre	**514/2013**
6	Angelegenheiten der Rechnungsprüfung: *-keine-*	
7	Mitteilungen und Anfragen: *-keine-*	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Weinstock stellte den Antrag auf Änderung der Tagesordnung, der TOP 5.1 (*Information über die Verschuldung sowie über die Liquidität im Konzern* Stadt) der nichtöffentlichen Sitzung möge als TOP 7.1 in der öffentlichen Sitzung behandelt werden.

Erster Stadtrat Stoffers erläuterte, es handele sich bei der vorgesehenen Information um Inhalte, welche eine Gesamtdarstellung über die Verschuldungs- und Liquiditätssituation im Konzern Stadt, also Kernverwaltung sowie städtische Eigenbetriebe und Gesellschaften, enthalte. Sollte dem Antrag auf Änderung der Tagesordnung zugestimmt werden, könne daher lediglich die Information zur Kernverwaltung sowie zu den Eigenbetrieben in öffentlicher Sitzung behandelt werden.

*Anschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, über den Antrag zur Änderung der Tagesordnung abstimmen.*

Ja: 5 Nein: 9 Enthaltungen: 0
-mehrheitlich abgelehnt-

Im Übrigen wurde der Tagesordnung wie vorgetragen zugestimmt.

3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.02.2013 sowie vom 11.03.2013

Die Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.02.2013 sowie 11.03.2013 wurden einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **109/2013**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage sowie die Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Geldspende(n):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Elternschaft des Kindergartens Bant, Jeversche Str. 7, 26382 Wilhelmshaven	1.500,00 €	Aufwertung des Spielplatzes an der Jeverschen Straße
2. Remax Immobilien und Mehr GBR Frau Elpel, Bismarckstr. 241, 26389 Wilhelmshaven	150,00	GTS Rüstersie Allgemeine Spende für Anschaffungen für SchülerInnen (Spielmaterial o.ä.)

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Jahresabschluss 2010 (Kernverwaltung) **71/2013**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Erster Stadtrat Stoffers teilte mit, die aufgelaufenen Rückstände im Bezug auf die Jahresabschlüsse der Kernverwaltung seien mittlerweile nahezu aufgeholt worden. So erfolgten die Beschlüsse über den Jahresabschluss 2008 im Dezember 2012, über den Jahresabschluss 2009 im März 2013 und nun über den Jahresabschluss 2010 im Mai 2013. Der Beschluss über den Jahresabschluss 2011 könne lt. Prüfungsplan des städtischen Rechnungsprüfungsamtes voraussichtlich im Oktober 2013 gefasst werden. Ferner könne der Beschluss über den Jahresabschluss 2012 eventuell ebenfalls noch im Jahr 2013 gefasst werden. Er dankte in diesem Zusammenhang den MitarbeiterInnen des RPA für die kompetente und zügige Abarbeitung der Rückstände.

Anschließend führte **Herr Stoffers** zur Bilanz sowie zur Ergebnisrechnung 2010 aus:

Bilanz:

- Die Bilanzsumme und somit der Gesamtrestwert der Vermögensmasse im Bilanzeigentum der Kernverwaltung sei in 2010 gegenüber 2009 von rd. 307,8 Mio. € auf rd. 332,7 Mio. € gestiegen. Dies entspreche einem Substanzgewinn von rd. 25 Mio. €. Ursächlich sei vor allem die Neubewertung des Infrastrukturvermögens sowie der Grünflächen gewesen.

- Der Schwerpunkt des Vermögens liege mit ca. 55 % (rd. 184 Mio. €) im Bereich des Finanzvermögens. Hierzu gehörten die Beteiligungen der Stadt, der größte Teil davon entfalle mit rd. 115 Mio. € auf die Eigenbetriebe.

- Auf der Passivseite der Bilanz würden die gebildeten Rückstellungen (*insb. Pensions- und Beihilferückstellungen*) in einer Höhe von rd. 165,9 Mio. € besonders hervor stechen.

- Die Nettoposition liege bei rd. 103,3 Mio. €. Dies entspreche einer Eigenkapitalquote von rd. 31,1 %. Unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sei dies ein noch akzeptabler Wert.

- Mit Stand zum Haushalt 2013 / 2014 bestehe bis zum Ende der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2017, auch aufgrund der gefassten Beschlüsse des Rates im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes, keine akute Gefahr mehr für einen Eintritt der bilanziellen Überschuldung.

- Der Fehlbetrag aus 2010 (rd. 20,24 Mio. €) werde mit Beschluss des Rates auf 2011 vorgetragen. Zusammen mit den verbliebenen Defiziten aus 2008 und 2009 bestehe am 01.01.2011 ein Gesamtfehlbetrag aus Vorjahren i.H.v. 47,01 Mio. €.

Ergebnisrechnung:

- Für das Haushaltsjahr 2010 sei, einschl. vom Rat beschlossener Nachbewilligungen und Nachträge sowie übertragener Haushaltsreste aus Vorjahren, ein Fehlbedarf i.H.v. rd. 22,9 Mio. € geplant gewesen. Der in 2010 tatsächlich entstandene Fehlbetrag beliefe sich auf rd. 20,2 Mio. €, also eine Verbesserung gegenüber der Planung i.H.v. rd. + 2,7 Mio. €.

  Ursachen:

Ordentliche Mehrerträge (*insb. Gewerbesteuer*):	rd. + 4,1 Mio. €
Ordentliche Minderaufwendungen:	rd. + 1,8 Mio. €
Außerordentliche Mehrerträge:	rd. + 2,0 Mio. €
Außerordentliche Mehraufwendungen:	rd. - 5,2 Mio. €
Verbesserung:	+ 2,7 Mio. €

Die Frage von **Herrn Heinemann** im Bezug auf die Beherrschbarkeit der im Prüfbericht des RPA genannten Probleme im Zusammenhang mit dem eingesetzten Finanzverfahren wurde von **Frau Hansemann** bejaht. **Herr Broszeit** ergänzte, die damalige Finanzsoftware sei noch bis zum 31.12.2012 im Einsatz gewesen und erst zum 01.01.2013 durch ein neues Verfahren abgelöst worden. Bis einschl. des Jahresabschlusses 2012 seien die in diesem Zusammenhang genannten Prüfungsfeststellungen des RPA folglich noch erforderlich, da die Fehler erst durch den Einsatz der neuen Software behoben werden konnten. **Herr Valnion** ergänzte weiterhin, die Fehler im Altverfahren hätten darin bestanden, dass teilweise Erträge und Einzahlungen sowie Aufwendungen und Auszahlungen nicht in den korrekten Buchungsperioden verbucht wurden. **Oberbürgermeister Wagner** wies darauf hin, dass nach den Vorschriften der kommunalen Doppik nun, wie auch in der privatrechtlichen Handelsbilanz, stets periodengerecht gebucht werden müsse. Dies sei durch den Einsatz der neuen Software nun in allen Buchungsfällen gewährleistet.

Die weiteren Fragen von **Herrn Debring**, hinsichtlich der Bilanzpositionen „Lizenzen“ sowie „öffentlich-rechtliche Forderungen“ wurden durch **Herrn Valnion** beantwortet.

Beschluss: -**einstimmig zugestimmt**, *bei 2 Enthaltungen*-

1. Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2010 der Stadt Wilhelmshaven (*Kernverwaltung*) unter Kenntnisnahme des Schlussberichts des Rechnungsprüfungsamtes, einschließlich der Stellungnahme des Oberbürgermeisters.

2. Das Haushaltsjahr 2010 schließt mit einem Gesamtfehlbetrag i.H.v. **20.238.762,68 €**.

   Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses i.H.v. 16.793.999,03 € wird auf das Haushaltsjahr 2011 vorgetragen.

   Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses i.H.v. 3.444.763,65 € wird ebenfalls auf das Haushaltsjahr 2011 vorgetragen.

5.2 Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2014 für kostenrechnende Einrichtungen **106/2013**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage sowie die Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum Haushalt 2014 auf 4,6 % (bisher 4,9%) fest.

5.3 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf Durchführung externer Stellenausschreibungen vakanter Führungspositionen in städtischen Beteiligungen **513/2013**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, erteilte **Herrn Föhlinger** das Wort. Dieser brachte den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD ein und erläuterte den Hintergrund. Er unterstrich dabei insbesondere das Ziel einer gesteigerten Transparenz bei externen Stellenausschreibungen vakanter Führungspositionen im Konzern Stadt.

Herr Biehl bat um eine Konkretisierung des Antrags. Für ihn stelle sich insbesondere die Frage der rechtlichen Zulässigkeit. **Erster Stadtrat Stoffers** entgegnete, die Verwaltung verstehe den Antrag so, der Rat solle von seinem Weisungsrecht gegenüber den Mitgliedern in Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten Gebrauch machen, wobei letzteres nur möglich sei, wenn der jeweilige Gesellschaftsvertrag dies zulasse. **Oberbürgermeister Wagner** brachte ferner die Frage nach der Definition einer „Führungsposition“ auf. Hier sei der Antrag ebenfalls noch ungenau.

Herr Biehl stelle daraufhin den Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung des Tagesordnungspunktes. Der Antrag solle von den Antragstellern inhaltlich überarbeitet sowie konkretisiert werden und dann neu eingebracht werden.

*Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, ließ unmittelbar über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen:*

Ja: 5 Nein: 10 Enthaltungen: 0
-mehrheitlich abgelehnt-

Herr Hellwig bat anschließend die Sitzung für 10 min zu unterbrechen um den Antrag neu zu formulieren. *Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, unterbrach daraufhin die Sitzung für 10 min.*

*Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung stellte **Herr Debring** folgenden Änderungsantrag:*

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven weist die Mitglieder von Entscheidungsgremien städtischer Beteiligungen an, bei der Neubesetzung von Organen, handelsrechtlich bestimmten Funktionsträgern und leitenden Angestellten eine externe Stellenausschreibung durchzusetzen.“

An der anschließenden Diskussion über die Zielsetzung des Änderungsantrages im Bezug auf interne Stellenausschreibungen beteiligten sich **Frau Weinstock** sowie die **Herren Wagner, Walpurgis, Stoffers, Hellwig** und **Biehl**. Abschließend stellte Herr Jacques klar, eine interne Stellenausschreibungen könne selbstverständlich ebenfalls erfolgen, jedoch in allen Fällen immer auch eine externe Stellenausschreibung.

*Abschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, über den –nun geänderten– Antrag abstimmen.*

Beschluss: -**mehrheitlich zugestimmt**-
-geändert-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven weist die Mitglieder von Entscheidungsgremien städtischer Beteiligungen an, bei der Neubesetzung von Organen, handelsrechtlich bestimmten Funktionsträgern und leitenden Angestellten eine externe Stellenausschreibung durchzusetzen.

5.4 Antrag von Ratsherrn Dr. von Teichman (FDP) auf Fortführung des Freistrahlverfahrens für mindestens 5 Jahre **514/2013**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, erteilte **Herrn Dr. von Teichmann**, als Antragsteller, das Wort. Dieser brachte seinen Antrag ein und begründete diesen ausführlich. Er erinnerte daran, dass sein Antrag ursprünglich vom Rat in die zuständigen Fachausschüsse zurückverwiesen wurde und seither bereits im Betriebsausschuss GGS sowie im ULB (*Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz*) beraten wurde. Inhaltlich nannte er die entstehenden Kosten für einen Weiterbetrieb der Freistrahlanlagen als gering und die positive Wirkung des Verfahrens als nachgewiesen. Da bisher keine anderen konkreten Vorschläge bzw. Beschlüsse vorlägen bat er den Ausschuss um Zustimmung zu seinem Antrag.

An der nun folgenden Diskussion über die Wirkung sowie über die Kosten des Freistrahlverfahrens beteiligten sich **Frau Weinstock** sowie die **Herren Wagner, Biehl, Hellwig, Becker, Barkowsky, Prof. Reuter, Stoffers** und **Föhlinger**.

Anschließend brachte Frau Weinstock einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

Der Rat möge beschließen:
Das Freistrahlverfahren wird für die nächsten Jahre fortgesetzt, bis sich eine andere Nutzung ergibt.

Die Vorsitzende ließ zunächst über den Änderungsantrag abstimmen:

Ja: 5 Nein: 10 Enthaltungen: 0
-mehrheitlich abgelehnt-

Abschließend ließ die Vorsitzende über den *ursprünglichen* Antrag abstimmen:

Beschluss: -**mehrheitlich abgelehnt**-

Der Rat möge beschließen:

Das Freistrahlverfahren wird ab diesem Jahr mindestens für die kommenden fünf Jahre fortgesetzt.

6 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung

-keine-

7 Mitteilungen und Anfragen

-keine-

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:20 Uhr

Stoffers Erster Stadtrat	Breuer Vorsitzende	Engesser Protokollführer